Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 58 (1978)
Heft: 4

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER NEUE ABSOLUTISMUS

Industrialisierung ohne Demokratie in der Dritten Welt

Die Entstehung mehrerer Konfliktherde in Afrika und vor allem das Anwachsen des sowjetischen Einflusses haben die öffentliche Meinung im Westen, wenn auch sehr bruchstückhaft, auf ein Phänomen aufmerksam gemacht, das über die Grenzen Afrikas hinaus an Bedeutung gewinnt: die Hinwendung der jungen Staaten zur staatlich kontrollierten Wirtschaft und die Annäherung an die «sozialistischen Länder». In den meisten Fällen geschieht dieser Vorgang unauffällig, ohne Kämpfe, ohne Auseinandersetzung mit ausländischen Investoren und ohne ein klares Bekenntnis zur sozialistischen Gesellschaftsordnung. Somalia und Kongo-Brazzaville, aber auch der Irak und Süd-Jemen verkörpern das neue Entwicklungsmuster, dem sich wahrscheinlich immer mehr Länder anschliessen werden, und dessen Anziehungskraft auf anscheinend günstigere Perspektiven sozialen und ökonomischen Fortschritts zurückzuführen ist. Vor nicht langen Jahrzehnten gehörten alle diese Länder zum direkten Einflussbereich der westlichen Mächte; heutzutage wäre es gewiss unrichtig, sie dem sowjetischen Machtbereich zuzurechnen, aber es würde sich als ebenso kurzsichtig erweisen, die wachsende Bereitschaft jener Länder zur Kooperation mit dem sozialistischen System und die zunehmende Ablehnung der privatwirtschaftlichen Ordnung zu übersehen.

Diese Wende verläuft meist undramatisch. Die gemässigten, pro-westlichen und privatwirtschaftlich orientierten Regierungen, die die politische Verantwortung unmittelbar nach der Unabhängigkeit übernahmen, werden nach und nach durch Regimes ersetzt, die sich zur Blockfreiheit bekennen, das heute allgemein akzeptierte Prinzip der zentral geleiteten Planung einführen und die Demontage des liberal-demokratischen Staates eifrig betreiben. Die Behandlung des ausländischen Kapitals fällt differenzierter aus als früher: nicht immer kommt es zur Enteignung, und wenn ja, dann nur in einigen Sektoren und meist gegen Entschädigung, auch wenn diese oft einen bloss symbolischen Wert hat.

Parallel dazu lässt sich heute die Tendenz konstatieren, die spätestens seit der Energiekrise sichtbar geworden ist: trotz erheblicher Unterschiede auf den Gebieten von Wirtschaftsordnung, Politik und Kultur nimmt die Bereitschaft der Entwicklungsländer zu, untereinander Handelsblöcke aufzubauen, um ihre gemeinsamen Interessen auf den von den westlichen Mächten noch stark beeinflussten Weltmarkt zu verteidigen. Besonders bedeutsam ist dabei die Möglichkeit, dass diese Kooperation (oder zumindest die Bildung einer gemeinsamen Frontstellung) unter den Ländern der Dritten Welt ein ständiges und erstarkendes Phänomen der internationalen Beziehungen wird, denn dies würde eine weitere Aufweichung der grossen ideologischen Machtblöcke und eine Vertiefung der Nord-Süd-Konfrontation bedeuten.

Beide Strömungen deuten bereits darauf hin, dass weitverbreitete Vorstellungen über die totale Abhängigkeit

der Entwicklungsländer vom kapitalistischen Weltmarkt sowie über die Allmacht der multinationalen Konzerne in den südlichen Breitengraden hartnäckigen Vorurteilen entsprechen, die von modischen Trends der Sozialwissenschaft kräftig genährt werden. Die neueren Versionen der Imperialismustheorie und die Thesen vom peripheren Kapitalismus entsprechen weniger der Wirklichkeit, als den Verallgemeinerungen und Klischee-Vorstellungen von Intellektuellen, die in Bibliotheken an der Vermehrung der neomarxistischen «Dependenzliteratur» arbeiten.

Die Anzahl der Entwicklungsländer, in denen ungezügelte Formen von Frühkapitalismus ohne Begrenzungen seitens des Staates herrschen, ist aussergewöhnlich gering. In den noch privatwirtschaftlich orientierten Gesellschaften lässt sich auch kaum eine Unternehmerschicht oder privilegierte Klasse finden, die ausschliesslich die Interessen ausländischer Konzerne und westlicher Regierungen vertreten würde. Wie die Reaktion der Militärregierungen in Lateinamerika (von Argentinien über Brasilien bis Guatemala) auf die Schelte von Präsident Carter in Sachen Menschenrechte und Energiepolitik zeigt, sind sogar diese antisozialistischen Regimes bereit, die Wahrung eigener Interessen gegenüber nordamerikanischen Ansprüchen zu übernehmen.

Das Ausschlaggebende scheint jedoch die innere Evolution jener Länder zu sein. In Brasilien, Venezuela und dem Iran beispielsweise macht der Anteil des Staates am Bruttosozialprodukt zwischen 30 und 45 Prozent aus, bei einem klaren Trend zur Steigerung dieses Anteils, und dies in Ländern, die der Privatinitiative ausgesprochen freundlich gegenüberstehen. In Bolivien haben rechtsgerichtete Kreise unter Finanzierung und Anleitung der Privatunternehmer 1971 die linksorientierte Regierung des Generals J. J. Torres gestürzt, aber trotzdem nicht vermocht, der mannigfaltigen Ausweitung staatlicher Funktionen eine Schranke zu setzen. Knapp zwei Drittel des Bruttosozialproduktes gehen schon auf das Konto des Staates, und die versprochenen Reprivatisierungen sind gänzlich ausgeblieben.

Man kann mit einiger Sicherheit behaupten, dass die langfristige Tendenz in der Dritten Welt in Richtung auf Erstarkung des Nationalstaates und Wahrung gemeinsamer Interessen gegenüber den grossen Metropolen des Nordens verläuft. Angesichts der geballten Macht der heutigen Industriegesellschaften und der zu leistenden Entwicklungsaufgaben scheint diese Evolution gerechtfertigt zu sein. Aber das Bedenkliche an diesem Prozess dürfte darin liegen, dass die Bereiche der politischen Auseinandersetzung, der kulturellen Entfaltung und der sozialen Verhaltensnormen in das Fahrwasser der autoritären Lösungen und der technizistisch-bürokratischen Muster gelangen können, wodurch die Möglichkeit eines neuen, weltweiten und festverankerten Absolutismus gegeben wird.

Es ist ja keineswegs zufällig, dass die meisten Länder des afrikanischen Kontinents, die mit liberal-demokratischen Verfassungen und parteipolitischem Pluralismus in die Unabhängigkeit entlassen wurden, inzwischen das Einparteiensystem und die ideologische Uniformität eingeführt haben. Während sich im asiatischen Raum die «Erziehungsdiktaturen» ausbreiten, neigen die technokratischen Militärdiktaturen in Lateinamerika zu einer repressiven

Gleichschaltung der politisch-kulturellen Sphäre im Zuge ehrgeiziger Entwicklungsprojekte. Auch wenn die liberal-demokratische Verfassung formell weiter besteht und die Geltung von Menschenrechten täglich beschworen wird, bleiben die Aushöhlung des pluralistischen Rahmens und die Verhinderung eines genuin demokratischen Willensbildungsprozesses unverkennbar – ein Kennzeichen auch der sozialistischen und linksnationalistischen Regimes, deren Anspruch auf «wahre und volksnahe Demokratie» rein verbal ist.

Die Beibehaltung oder Intensivierung autoritärer Praktiken steht in Zusammenhang mit dem besonderen Demokratie-Verständnis der führenden Schichten in Entwicklungsländern, gleichwohl ob es sich um sozialistische Revolutionäre oder konservative Technokraten handelt: Demokratie wird einer erfolgreichen, disziplinierten und dauerhaften Mobilisierung der Massen gleichgesetzt, welche zugleich der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Loyalität gegenüber den jeweiligen Führungsinstanzen dienen soll. Es ist eine instrumentelle Auffassung von Demokratie, wobei der Akzent eindeutig auf der Erfassung und Indienststellung grösserer Teile der Bevölkerung liegt und nicht auf der Förderung eines Prozesses der autonomen Willensbildung. Die Bewältigung gewaltiger Entwicklungsprojekte scheint vielmehr ein System erhöhter Zentralisierung und antipluralistischer Ausrichtung vorauszusetzen, denn nur durch die Einführung autoritär-technokratischer Modelle versprechen sich viele politische Strömungen in der Dritten Welt die Erreichung einer modernen Gesellschaft.

Die Ausweitung staatlicher Instanzen, der Trend zu autoritären Lösungen und die beginnende Zusammenarbeit unter den südlichen Nationen hängen mit den Entwicklungszielen zusammen, die sich das kollektive Bewusstsein in der Dritten Welt als historische Aufgabe gesetzt hat. Die Modernisierung der Gesamtgesellschaft, der Aufbau einer eigenen Schwerindustrie, die Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards und die Rangverbesserung der eigenen Nation in der internationalen Länderordnung machen die grundlegenden Entwicklungsziele aus.

Das wesentliche Merkmal der heutigen Lage besteht jedoch darin, dass diese Zielsetzungen alle Anstrengungen jener Länder auf sich gezogen haben; die Identität der jungen Gesellschaften wird an das Erreichen dieser Ziele gebunden. Erst im Zuge einer gesteigerten Kommunikation in den letzten Jahrzehnten sind zentrale Errungenschaften der hochindustrialisierten Länder zu weltweiten Entwicklungskriterien schlechthin geworden, nach denen die Entfaltung aller Völker beurteilt wird. In gewisser Hinsicht ist die westeuropäisch-nordamerikanische Zivilisation äusserst erfolgreich gewesen: sie hat hinsichtlich technologisch-ökonomischen Standards, Massenkonsum und staatlicher Expansion Massstäbe gesetzt, die nunmehr universelle Geltung besitzen. Fasziniert von diesem Prozess streben die jungen Nationen jetzt, diesen Stand in kürzester Frist nachzuholen, als ob dieser Vorgang «naturgesetzlich» und allgemein wäre, allen Ländern prinzipiell offen.

Die Unbedingtheit und Intensität, mit der diese Ziele verfolgt werden, begünstigt eine Einstellung, die die negativen Effekte einer beschleunigten Industrialisierung auf ökologischem Gebiet

grosszügig übersieht und die Anwendung jedes Mittels um des erstrebten Zweckes willen rechtfertigt.

Für die meisten Länder der Dritten Welt bedeuten der Aufbau einer Industrie und die Einführung technisch-rationeller Verhaltensmuster die wichtigste Zäsur in ihrer Geschichte; im Vergleich mit diesem Übergang von einer traditionellen zu einer modernen Ordnung erweisen sich andere Umwälzungen (wie Unabhängigkeit, Enteignung ausländischer Unternehmen oder Einsetzung einer sozialistischen Regierung) als sekundär. Mögen die politischen Verfassungen untereinander noch so verschieden sein, so stehen alle Richtungen und Regime unter einem wachsenden «Erfolgszwang», der freilich die Hinwendung zu staatssozialistischen Lösungen begünstigt. Denn in breiten Teilen der Weltperipherien wird Sozialismus mit rascher Wirtschaftsentfaltung und gelungener Modernisierung identifiziert, während Kapitalismus mit Traditionalität und langsamem Entwicklungstempo verbunden bleibt.

Die Grösse der anstehenden Aufgaben und die Komplexität der modernen Technologie erfordern die Konzentration aller Anstrengungen und die Einführung einer zentral geleiteten Planung – beides Phänomene, die viel mit Effizienz und wenig mit Demokratie zu tun haben. Weitgehende Planung des Wirtschaftslebens und zunehmende Bürokratisierung stellen allerdings ideale Bedingungen für das Gedeihen absolutistischer Tendenzen dar, vor allen in Gesellschaften, in denen demokratische Traditionen gänzlich fehlen. Diese Evolution wird ebenfalls durch die Tatsache erleichtert, dass in den jungen Nationen das Schichtengefüge und die Gruppenstruktur das Vorhandensein konkurrierender Klassen, Parteien und Ideologien, die sich dem übermächtigen Staat widersetzen könnten, nicht zulassen. Politischer Autoritarismus kommt ausserdem den traditionellen Vorurteilen und den jahrhundertealten Praktiken entgegen, so dass der neue, technologisch-instrumentell gefärbte Absolutismus auf eine sichere und ehrwürdige Grundlage bauen kann.

Dem kommt nicht zuletzt die weltweit erfolgende Ausweitung staatlicher Funktionen zugute, die vor einer privatwirtschaftlich inspirierten Ordnung keinen Halt mehr macht. War früher im 19. Jahrhundert das staatliche Eigentum die Ausnahme, so gilt schon heute das Privateigentum als eine Restgrösse, die einen exzeptionellen Charakter hat und sich dauernd entschuldigen muss. In der Dritten Welt begann diese Welle mit der Verstaatlichung der öffentlichen Dienste, wurde mit der Enteignung der rohstoffproduzierenden Branchen sowie der verarbeitenden Industrie fortgesetzt und wird mit der staatlichen Übernahme der Dienstleistungen vervollständigt. Jeder Schritt basierte auf der Vorstellung, dass der vorangegangene selbstverständlich war, wodurch eigentlich am Ende die kollektive Meinung entstanden ist, dass die Ausweitung staatlicher Instanzen ein naturgesetzlicher Prozess sei.

Diese Bereitschaft, die Ausweitung des Staates als selbstverständlich hinzunehmen, entspricht zugleich einer allgemeinen Erwartung in Entwicklungsländern, nämlich dem Glauben, dass die Regierungen in der Lage und willens sind, die Hindernisse der Unterentwicklung zu beseitigen und die richtigen Ziele für die langfristige Entfaltung zu setzen. Die Verbindung dieser Denkmuster mit der Beibehaltung einer auto-

ritären und antidemokratischen Tradition im Namen nationaler Eigenständigkeit liefert die feste Grundlage für die modernisierte Version des Absolutismus, vor dem liberal-demokratische Prinzipien zu einer Restgrösse verkommen. Dem klassischen Absolutismus nicht unähnlich, zielt die neue Modernisierungsstrategie auf die Erhöhung der jeweiligen Nation in der internationalen Länderordnung sowie auf die Bildung einer homogenen, durchstrukturierten und möglichst nach aussen abgeschlossenen Gesellschaft ab; die Vorbedingungen dafür sind bekanntlich die Ohnmacht des einzelnen und das Ausbleiben jeglichen Pluralismus.

Gerade die neuere Entwicklung in vielen Ländern der Dritten Welt zeigt an, dass es naiv ist, ohne eigenständige soziale Gruppen, ohne Gewaltentrennung und Kontrolle des Staatsapparates sowie ohne effektive Beanspruchung politischer Rechte eine demokratische, humanistischen Grundsätzen verpflichtete Gesellschaft aufbauen zu wollen. Dazu ist nicht nur die Freiheit der politischen Diskussion und somit die Freiheit zum Dissens erforderlich, sondern auch die Entfaltung sozialer Kräfte, die wirtschaftlich autonom sind und dadurch eine relative Unabhängigkeit gegenüber der Staatsmacht besitzen.

Es hat nicht an Experimenten gefehlt, auf der Grundlage von Verstaatlichungen und Staatsdirigismus eine demokratische und menschenwürdige Ordnung zu errichten; es bedürfte jedoch eines blinden Optimismus zu glauben, dass diese Versuche etwas anderes hervorbringen könnten als Diktaturen, die unter der Aufhebung kapitalistischer Verhältnisse ein staatssozialistisches Modell von beschleunigter Modernisierung angestrebt haben. In der Dritten Welt, wo das Modernisierungsprogramm abolute Priorität geniesst, erweist sich die Rettung ökonomischer und politischer Teile der liberalen Tradition als unerlässlich, um zu verhindern, dass der Siegeszug der bürokratisch-instrumentellen Vernunft nicht zum nackten Despotismus führt.

H. C. F. Mansilla

ALBANIEN – EIN NEUES «MODELL» IM WELTKOMMUNISMUS?

«Ausserhalb der Volksrepublik Albanien gibt es jetzt eigentlich überhaupt keinen linientreuen, wurzelechten Kommunismus mehr!» vermerkte kürzlich ein diplomatischer Beobachter im Gespräch. Man überfliegt die Nachkriegsgeschichte der Shqipetaren, dieser «Söhne der Adler», und findet dieses Bonmot in etwa bestätigt: Bis 1948 herrschte engste begeisterte Freundschaft mit Tito-Jugoslawien; dann ächtete auch die Partia e Punës së Shqiperisë (Partei der Arbeit Albaniens, PPSh) Tito als «Kettenhund des Imperialismus». Bewundernd und manchmal allzu kritiklos folgte man unter dem Spätstalinismus seit 1949 dem «bleibenden Vorbild» der Sowjetunion; seit November 1960 rebellierte Albanien indes gegen den «Chruschtschewismus», den «Revisionismus», den sowjetischen «Grossmacht-Chauvinismus» und «Sozialimperialismus». Es folgte 1961 die enge Freundschaft und weltanschauliche Bundesgenossenschaft Tirana-Peking. Die wohl etwas zu enge Tuch-

fühlung der albanischen KP-Führung mit Lin Piao trübte nach dessen Sturz vorübergehend die uneingeschränkte Herzlichkeit. Nach zwei Besuchen Tschou En-lais im ersten Halbjahr 1965 in Albanien folgte eine volle Synchronisation der albanischen mit der chinesischen «Kulturrevolution», der enge Schulterschluss eines der rangältesten KP-Chefs Europas, *Enver Hoxhas* und seines «zweiten Mannes» *Mehmet Shehu* mit der später als «Viererbande» abgesetzten Pekinger Führungsgruppe. Innert der zwei letzten Jahre kümmerte das albanisch-chinesische Verhältnis eigentlich mehr nur auf Volley-Ball- und Techniker-Ebene dahin. Auszeichnende Freundlichkeiten der neuen Pekinger Führung unter Hua Kuo-feng lösten weder auf dem VII. Parteikongress der PPSh (November 1976) noch im Zuge des XI. Parteikongresses der KP Chinas (August 1977) vergleichbare Äusserungen des «Tayellerand des Balkans», Hoxhas, aus. Am 7. Juli 1977 veröffentlichte das Redaktionskollegium des Zentralorgans der PPSh, «Zeri i popullit» (Land und Volk), einen Grundsatzartikel, der sich – ohne Namensnennung – gegen die Drei-Welten-Lehre Mao tse-tungs und gegen die Nutzung des Gegensatzes zwischen den USA und der UdSSR durch die Pekinger Aussenpolitik wandte. Damit war nun auch die chinesische Bruderpartei des «modernen Revisionismus» geziehen. Hua Kuo-fengs Rede vor dem XI. Parteikongress, Teng Hsiao-pings Ansprache, der Parteiausschluss der «Viererbande» erfuhren keine Direktberichterstattung durch die Albanische Telegraphen-Agentur aus Peking. Im Sommer und Spätsommer 1977 erschienen ein halbes Dutzend Broschüren in westlichen Sprachen, die Enver Hoxhas Reden und Aufsätze aus den Jahren 1962–1965, jedoch mit dem Rahmenbezug auf 1977, verbreiteten. Eindeutig war den Schriften u. a. etwa die Ablehnung des italienischen «Revisionismus» und damit der «Eurokommunisten» oder einer Aufwertung Titos zu entnehmen. Eine aktuelle rasante Attacke brachte die gedruckte Ansprache des ZK-Mitgliedes Nexhmije Hoxha (Gattin Enver Hoxhas) gegen die Drei-Welten-Theorie, das heisst jene Akzentuierung der eigenständigen Rolle der Entwicklungsländer für die Weltrevolution durch Mao. Peking, das auch die revolutionäre Rolle der Bauern herausstellte, nennt sich im Zuge dieser Fortentwicklung des Marxismus-Leninismus selbst ein Entwicklungsland und ergänzt die Zwei-Weltentheorie Kapitalismus-Sozialismus mit dem Hinweis: Der Kreml selbst habe Einheit und Sinngehalt des «sozialistischen Lagers» zerstört.

Der «grosse Leuchtturm»

Die allererste Nachkriegszeit fand die KP Albaniens eher mit einem «liberalen» Ansatz vor, bis der damalige überschäumende Titoismus die albanischen Genossen zur Härte – im Nehmen und Geben – veranlasste. Wiederum begann 1949 die albanische Gefolgschaft für den Kreml mit einer Verschärfung des Kurses und schloss 1960 mit einem Beharren auf Stalin – gerade, als die KPdSU die Ent-Stalinisierung durchführte. Seit Übernahme der Führung in Peking durch Hua Kuo-feng und seine Mannschaft hob die Parteispitze der PPSh in Grussadressen beflissen die Bedeutung Maos und Stalins bei jeder Gelegenheit hervor. Dieser Stil entspricht zugleich der Interpretation jener Mar-

xisten-Leninisten in Westeuropa und in Übersee, die in der Partei der Arbeit Albaniens (mit den Worten des westdeutschen M.-L. Parteichefs Ernst Aust) den «grossen Leuchtturm des Sozialismus, nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt» erblicken.

Der Angriff der PPSh gegen heutige Doktrin und Aussenpolitik der KP Chinas lässt sich von einem Aussenstehenden unbefangen so deuten: Wer den ideologischen «Hauptfeind» der KPdSU angreift, manövriert sich selbst soweit frei, dass er theoretisch morgen oder übermorgen mit der Sowjetunion und dem Ostblock eine Normalisierung der Beziehungen einleiten kann. Obgleich auch die Moskauer «Pravda» 24 Stunden nach dem namenlosen Angriff in «Zeri i popullit» vom 7. Juli 1977 Beifall spendete, erscheint die Lösungsmöglichkeit doch schwieriger. So lange nämlich das Zweigespann Hoxha-Shehu (beide Namen sind geistliche Würdenbezeichnungen des Islam) die Entwicklung lenkt und zügelt, dürfte «logischerweise» der Frontwechsel kaum durchführbar sein, ist eine Unterwerfung der PPSh unwahrscheinlich. Hatten 1960/61 die Russen ihre Techniker und Berater in Albanien schlagartig abberufen, hörten damals ebenso plötzlich sowjetische Ausfuhren und Ersatzteillieferungen auf, zwang der unvermittelte Getreidemangel sogar die albanische Nationalbank zum Goldverkauf in Frankreich, um eine Hungersnot abzuwenden – so lässt sich im Vergleich zu dem damaligen Zeitrafferstil die jetzige Entwicklung der albanisch-chinesischen Beziehungen kaum als ein Auseinanderbrechen mit der Zeitlupe kennzeichnen.

Die Albaner sagten am Oktoberbeginn 1977: «*Wie* sich unser beider Verhältnis gestaltet, das hängt von China ab!» Die Sowjets hätten 1961 ebenso selbst, nach «offenen Diskussionen», die Entscheidung über die Beziehungen Tirana-Moskau in der Hand gehabt. Sie versicherten gleichzeitig, dass kein Chinafreund unter den Funktionären der PPSh Verfolgungen ausgesetzt oder verhaftet worden sei. Tatsächlich gab es bis zum Frühjahr 1978 nur Mosaiksteinchen, blosse Vermutungen, aber keine Anhaltspunkte für einen offenen Bruch, für eine Eskalation der Beziehungen ins Negative. Die Techniker packten nicht die Koffer, die zugesagten chinesischen Lieferungen wurden pünktlich in albanischen Häfen gelöscht, die albanischen Studenten hatten sich am Beginn des Universitätsjahres 1977/78 in China dort zurückgemeldet. Es besteht kein Zweifel, dass die neue Führung in Peking den ideologischen Fehdehandschuh der PPSh nicht aufgreift (wie seinerzeit Moskau). Es gibt keine Polemik von parteichinesischer Seite, bestenfalls zwischendurch die Erklärung einer Marxisten-Leninisten-Gruppe im Westen, die Pekings Weltanschauung und politische Praxis als richtig und zukunftsträchtig bezeichnet. Es gibt extremistische M.-L.-Splittergruppen, besonders in Lateinamerika, die mit aufrichtiger Bewunderung nach diesem Kleinstaat mit seinen 2 458 000 Einwohnern (Ende 1976) auf 28 748 km² blicken, der Anspruch auf einen ideologischen Weltrang innerhalb des zeitgenössischen Kommunismus erhebt.

Der Spruch «Mehr Feind, mehr Ehr!» würde zwar zum Charakter der Albaner aller Zeiten passen. Dennoch wäre eine Führungsrolle Tiranas für die Extremlinken und Berufsoppositionellen innerhalb des Weltkommunismus gleichermassen zu viel und zu wenig.

Seit Jahresbeginn 1977 ist die PPSh-Führung bestrebt, ihre Position als «umzingelte Festung» durch *verbesserte Nachbarschaften auf dem Balkan* aufzuwerten. Erträgliche Beziehungen zu Tito-Jugoslawien (wo in Kosovo-Metohia und Makedonien rund 1,6 Mill. Albaner leben) wurden durch die «Öffnung» gegenüber Griechenland, durch neue Gespräche mit der Türkei, gelockerte Zurückhaltung gegenüber der früheren «Kolonialmacht» Italien ergänzt. Wird es ein Arrangement Tiranas mit dem Kreml geben, und welches? Das ist die geäusserte und verhohlene Frage der Südosteuropäer. Oder/und lassen sich die neuesten Widerhaken im albanisch-chinesischen Verhältnis irgendwie ausglätten?

Gibt es einen Rauch ohne Feuer? Birgt die Entwicklung nicht «Dialektik», da eine Führungsgruppe in Tirana gegen ideologisch-politische Konzepte Pekings offen-verdeckte Angriffe reitet, als diese Bruderpartei gerade einige sektiererische Parolen ablegt und pragmatische Toleranz im proletarischen Internationalismus verkündet – soferne der «eigene Weg» einer KP nicht im Sowjetismus einmünden will!

Am 21. Oktober 1977 traf in Tirana nach längerem Unterbruch eine chinesische Delegation für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit unter dem Vizeminister für Leichtindustrie Tu tsu-tuang ein, um Probleme der Zusammenarbeit zu besprechen. Bekannt wurden bis gegen Ende November 1977 werbende Einladungen an die Adresse der Albaner, sich mit der Sowjetunion zu verständigen. Zufolge aller verfügbaren Anhaltspunkte ist die heutige Führung Albaniens für ein Zusammengehen mit dem jetzigen Kreml nicht bereit. Einzelne parteiinterne Entwicklungen der PPSh sind immer noch schwer durchschaubar.

Schon Lenin wandte sich gegen die Bezeichnung «Parteiflügel», indem er trocken argumentierte: Die Partei ist keine Gans! Dennoch gab und gibt es stets innerhalb der *einen* Partei Parteien und Gruppen. Der beschworene «Monolithismus» ist kein Zustand, sondern im günstigen Fall Entwicklung mit immer neuen Transfigurationen. Seit 1971 hat für den Beobachter in der PPSh eine Verhärtung des Kurses eingesetzt; so, als sollte eine Kompanie auf dem Kasernenhof stundenlang Paradeschritt klopfen und dazwischen in strammer Haltung verharren. Mit der Generalität der vor 35 Jahren gegründeten Volksarmee gab es Anstände; an sich befähigte Ressortchefs der Wirtschaft, Landwirtschaft, Finanzen, des Aussenhandels, des Unterrichts, ja der oberste Chefplaner persönlich wurden abberufen und im Überschwang zum Teil durch junge und unerfahrene Nachfolger ersetzt. Unterrichtsminister wurde zum Beispiel eine 28jährige Hauptschuldirektorin, Landwirtschaftsminister die junge Leiterin einer Kolchose. Man setzte in der Führungsspitze nicht allein auf die *generationsbedingte Rotation*, sondern mehr noch auf revolutionäre Sprödigkeit der ersten Monate und Jahre, berief auch einfache Arbeiter auf Direktorenposten, in die leitenden Zentralapparate, in Betriebe, um «Erscheinungen des Bürokratismus» auszumerzen – immerhin ein Menschenalter *nach* der Einsetzung der ersten Regierung unter Enver Hoxha (20. Oktober 1944).

Um gerecht zu sein: Die Loslösung von der späten Feudalordnung der Zwischenkriegszeit, nachhaltige Schritte zur Industrialisierung, beginnende Techni-

sierung der Landwirtschaft, Frauenemanzipation in dem bis 1967 zu rund 70 Prozent islamischen Land, das erst 1912 die volle Souveränität von der Hohen Pforte erlangte – diese umbruchartige Epoche ist verquickt mit dem Aufstieg und der Herrschaft der PPSh in Albanien. Müssig die Debatte, welche Fortschritte erst ein bürgerliches-demokratisches Regime in diesem «Piemont», diesem «Israel» des Balkans erzielt hätte. Sozialversicherung, ausreichende ärztliche Betreuung in der Provinz, die Ausrottung der Volksseuchen Schwindsucht und Syphilis, des Sumpffiebers im Süden, moderne Verkehrswege – all das begann ansatzweise Ende der dreissiger Jahre unter italienischer Ägide, entfaltete sich jedoch erst auf breiter Grundlage unter Hoxha. Das typische Auswandererland mit seiner rückständigen Landwirtschaft begann seine Hacke-und-Spaten-Fünfjahrpläne «aus eigener Kraft». Die «splendid isolation» diente der Abschirmung gegen Kapitalisten, Revisionisten; verhinderte andererseits Erfahrungstausch, die Übernahme moderner Technik und Technologien und damit Anwendung des uneingeschränkten Leistungsprinzips. Die chinesischen Berater und Freunde der abgelaufenen 17 Jahre würden heute im nachhinein zum Beispiel den Verschleiss einer tragenden Schicht unter den Werktätigen, das übermässige Einwirken der Parteirage, der permanenten Revolution im Planablauf, die Inkompetenz mittlerer Führungskräfte in manchen Bereichen rügen.

«Der Glaube des Albaners ist das Albanertum»

Dieses Wort des Dichter-Philosophen Naim Frashëri erklärt am ehesten den geschichtlichen Weg der Shqipetaren bis in unsere Gegenwart. Das Übermass ist das Mass des Albaners. Seine Begabung bekundete sich während der 500jährigen Türkenherrschaft vornehmlich jenseits der engen Grenzen der Heimat. Zwischen 1453 und 1623 zum Beispiel waren von 49 Grossvesiren der Hohen Pforte nicht weniger als 11 albanischer Herkunft. Die Dynastie Mehmed Alis in Ägypten, die bis 1952 herrschte, wurde durch einen Albaner begründet. Der Erbauer der 1854 eingeweihten Semmeringbahn, Karl Ritter von Ghega (1800–1860) war ein aus Venedig gebürtiger Albaner. Italiens Ministerpräsident Crispi (1887 bis 1896), der für das nationalstaatliche Werden Italiens gewirkt hat, war albanischer Herkunft, wie übrigens teilweise Kemal Atatürk oder uneingeschränkt der titokommunistische ehemalige Spitzenfunktionär Milovan Djilas. Wer immer aber das Wort «Abendland» ausspricht, wird auch des albanischen Türkenbesiegers Georg Kastriota Skanderbeg gedenken (1405–1468), dessen gewaltiges Reiterstandbild den Hauptplatz Tiranas überragt. Skanderbeg und sein Zeitgenosse Johannes Hunyadi bewahrten von ihrem Standort her Westmitteleuropa vor der Überrennung durch die Osmanen.

Auf diesem eindrucksvollen Hintergrund der Geschichte und der Persönlichkeiten begreift man, wieso dieser Kleinstaat am Kreuzweg immer wieder «Grossmachtpolitik» wagte und unglaublich zäh überleben konnte – unter Ränken, Verlusten, Grausamkeit, Rückschlägen. Ist nun die Volksrepublik Albanien das neue «Modell» – als erster atheistischer Staat, als erster Staat ohne Steuerzahler, als rücksichtsloser Interpret der reinen Lehre gegen

andere und gegen sich selbst? Wir denken, dass dieses Albanien einmalig und unwiederholbar ist. Die erste Behauptungsphase dieses noch rückständigen Landes mit seiner stacheligen, wehrhaften «splendid isolation» ist unversehens Vergangenheit geworden. Der Aufbau eines modernen Staatswesens wird diese und, vor allem, die nächste Generation aufrufen, das Werk in Gemeinschaft mit den Nachbarn, mit Europa, mit der Welt zu tun.

Otto Rudolf Liess

VON DER BEHAFTBARKEIT DER SCHRIFTSTELLER

Das Thema liegt offenbar in der Luft, und das nicht nur im nördlichen Nachbarland. Nach soviel theoretischen und programmatischen Äusserungen über das Engagement stellt sich schliesslich auch die Frage, in welcher Weise denn in der politischen Realität wirksam und dingfest werde, was Schriftsteller schreiben. Das vierte Symposion des *Schweizerischen Schriftsteller-Verbandes*, das am 19. Februar in Solothurn stattfand, galt der «Behaftbarkeit des Schriftstellers», und das Fernsehgespräch, zu dem sich kurz darauf *Max Frisch* und Bundesrat *Kurt Furgler* stellten, war dazu so etwas wie die Probe aufs Exempel: Wie nimmt es sich aus, wenn der kritisch zu seinem Land und seinem Gouvernement eingestellte Literat und der politische Praktiker die Klingen kreuzen? Weder im einen noch im andern Fall sind die Ergebnisse eindeutig. Wahrscheinlich liegt es an der Fragestellung oder doch an den Voraussetzungen, die dabei ins Spiel kommen. Zwischen der Sphäre der Gedanken, Entwürfe und Visionen und der Ebene der komplizierten und widersprüchlichen Fakten gibt es keinen kurzgeschlossenen Ausgleich. Das erschwert natürlich die theoretische Erörterung des Problems ebenso, wie es die Begegnung im direkten Gespräch der Gefahr aussetzt, dass man aneinander vorbeiredet.

In Solothurn hielt, historisch-akademisch auf Voltaire und Heinrich Leopold Wagner zurückgreifend, *Manfred Gsteiger* das Einführungsreferat. *Hugo Loetscher*, in Brasilien abwesend, war mit einem erhellenden Brief zur Bedeutung des im Duden nicht verzeichneten Wortes «Behaftbarkeit» vertreten. Die Welschen verwenden dafür «responsabilitée», was nicht ganz trifft, was der deutsche Neologismus meint. (Jean Ziegler übrigens, dessen Name auf dem gedruckten Programm stand und von dem man ein profiliertes Votum erwartete, hatte in letzter Minute abgesagt.) *Gaston Cherpillod* ging das Thema vom Standpunkt des Romanciers aus an, einer der ganz wenigen, der seine Konsequenzen in der Anwendung auf fiktionale Literatur bedachte. *Alfred A. Häsler* wiederum plädierte vehement sowohl für die Freiheit des Schriftstellers wie für seine Selbstkritik –, was ihm prompt den Vorwurf eintrug, er sei für die Selbstzensur. Aber auch das zeigt nur, wie schwierig es ist, sich selbst unter Schriftstellern über die «Behaftbarkeit» ihrer Werke zu verständigen. Häsler hat selbstverständlich nichts dergleichen gemeint. *Otto F. Walter* legte in zwölf knappen Thesen seine Ansicht

dar, wonach das Prinzip Kapital das Prinzip Demokratie ausgehöhlt habe. Der Literatur bleibe nur noch übrig, als «informiertes Warnsystem» zu wirken und Gegenwelten zu entwerfen. Der Eindruck an diesem schneegrauen Sonntag im Solothurner Gemeinderatssaal war nicht zu verscheuchen, die versammelten Autoren täten sich etwas schwer mit dem Thema, ein wenig fast wie mit einer Strafaufgabe, die sie sich freilich selber aufgegeben hatten. *François Bondy*, der sprachgewandt und mit Courtoisie die dreisprachig geführte allgemeine Diskussion leitete, kann nicht dafür verantwortlich gemacht werden, dass einzelne Teilnehmer immer wieder ausbrachen und ihre Privatinszenierungen für wichtiger nahmen als die Frage, um die es ging. Was aber das Gespräch des Bundesrates mit dem berühmten Autor in Heiner Gautschis Talk-Show betrifft, so könnte allein am Wörtchen «subversiv» gezeigt werden, wie grundverschieden man die Sprache gebrauchen kann ...

*

Was hier folgt, weder Tagungsbericht noch Fernsehkritik, sind ein paar nachträgliche Überlegungen zum Thema. Dass die in Solothurn anwesenden Autoren eher zu Abwehrreaktionen neigten, mag seine Gründe haben. Es gibt – zuweilen manifest und fast immer latent – den Versuch, das Wort der Schriftsteller, das sich allen Zwecken entzieht und – wie Frisch am Bildschirm gesprächsweise anmerkte – «jedes ideologisierte Bewusstsein unterwandert», in einen Kausalzusammenhang zu bringen mit Gewalthandlungen gegen die bestehende Ordnung. Vielleicht fürchteten die Solothurner Gesprächsteilnehmer, sie für «behaftbar» zu erklären, sei ein subtiler Versuch, sie zur Selbstzensur zu zwingen. Die meisten stellten sich darunter kaum etwas Konkretes vor, aber offensichtlich doch etwas Bedrohliches. So wie der Parlamentarier den Schutz der Immunität geniesst, scheint der Schriftsteller einen besonderen Freiraum zu beanspruchen, der allerdings nicht institutionalisiert ist. Literatur als Kunst ist nicht zu vereinnahmen, weder vom Staat noch von politischen Gruppierungen, weder von Wirtschaftsmächten noch von Diktatoren, und es ist völlig richtig, auch nur gegen den Anschein eines derartigen Versuchs zu reagieren. Aber so legitim es ist, die volle Freiheit literarischer Arbeit zu verteidigen, so unbestritten dürfte eigentlich auch sein, dass von «Behaftbarkeit» – wie immer man sie definiere – sinnvollerweise nur da die Rede sein kann, wo Literatur wirklich frei ist. Denn was unter Zwang oder schwerer Drohung geschrieben und publiziert wird, steht unter Bedingungen, die allenfalls mit List zu meistern sind, mit Mehrdeutigkeit, Geschmeidigkeit, «Sklavensprache». Ich denke, wir haben es bei uns nicht mit Verhältnissen dieser Art zu tun. Dann allerdings, und besonders in all den Fällen, in denen der Autor nicht als Künstler, sondern als Publizist und Staatsbürger auftritt, darf er mit gutem Recht beim Wort genommen werden.

Wer schreibt, sollte nicht wissentlich falsche Tatsachen verbreiten. Wenn ein kritisch engagierter Autor die Lage beschreibt, die er unerträglich findet und die er verändern möchte, kommt sehr viel darauf an, dass die Beschreibung nachprüfbar ist. Biegt er sich seine Wirklichkeit zurecht, damit er sie besser an den Pranger stellen kann, so ver-

liert er an Glaubwürdigkeit: er ist nicht behaftbar.

Der Schriftsteller, glaube ich, auch wenn er als Publizist wirkt, neigt dazu, die Dinge zu vereinfachen und sie an klaren moralischen Grundsätzen zu messen. Das ist nicht einmal verfehlt, im Gegenteil; aber es ist ungeheuer schwierig und kompliziert, wenigstens im Blick auf die Verhältnisse und Zusammenhänge in einer hochindustrialisierten, rechtsstaatlich verfassten, pluralistischen Gesellschaft. Wer für die Gleichberechtigung der Schwarzen in Südafrika eintritt oder gegen die Verfolgungen und Folterungen in Chile protestiert, der weiss sich auf der Seite des Rechts und der Humanität. Mit Bezug auf unsere eigenen Probleme und Zustände ähnlich effektvolle Fahnen des Protestes zu hissen, ist schon viel schwieriger, und dies nicht etwa darum, weil es gefährlicher wäre. Unsere differenzierte und komplizierte Gegenwart ist gewiss voller Mängel, Unzulänglichkeiten, auch voller Fehler und Ungerechtigkeit; aber sie ist eben auch weder besonders verworfen noch besonders gut, zweifellos nicht ohne Hoffnung und sowohl mit dem Instrumentarium wie mit den Möglichkeiten ausgestattet, das Bessere zu verwirklichen. In dieser Lage, so lese ich in einer soziologischen Studie, stellt sich bei Intellektuellen und Künstlern gern die Sehnsucht nach Zuständen ein, in denen es sehr viel leichter ist, das eindeutig Richtige zu tun. Genau diese Sehnsucht, scheint mir wenigstens, ist in mancher Äusserung kritischer Schriftsteller zu spüren. Nehmen wir als Beispiel nur die Pointe, mit der ein Teilnehmer seinen journalistischen Bericht über das Solothurner Symposion beschliesst: «Doch keine intellektuelle Abgeklärtheit konnte die unausgesprochene Frage verdrängen, ob nicht die Gewissensprüfung der Ohnmächtigen angesichts der Gewissenlosigkeit der Mächtigen eigentlich Folklore sei.» Behaftbar, würde ich sagen, ist dieser Satz schon darum nicht, weil in Solothurn von Gewissensprüfung gar so viel nicht zu spüren war. Die Mächtigen – wer immer das sei – pauschal gewissenlos zu nennen, entspringt der «Sehnsucht nach Zuständen, in denen es sehr viel leichter ist, das eindeutig Richtige zu tun.»

Aber das sind wohl Unfälle, mit denen man rechnen muss. Was mich als Kritiker am meisten beschäftigt, wäre die Anwendung der Kategorie Behaftbarkeit auf fiktionale Literatur. Wenn wir es mit realistischen oder gar mit utopischen Romanen und Erzählungen zu tun haben, lässt sich die Wahrhaftigkeit der Darstellung nicht durch Vergleich mit der Wirklichkeit und mit ausserhalb des Werks überprüfbaren Fakten feststellen. Sie muss sich im Text selber erweisen, in der Sprache, in der im Wort gestalteten Welt. Vermutlich ist darum die Frage nach der Behaftbarkeit des Schriftstellers identisch mit der Frage nach der Qualität dessen, was er schreibt. Nicht ob er begründete oder absurde Meinungen vertritt, steht hier zu Debatte, sondern allein, ob das, was er schreibt, die Überzeugungskraft des gut Gemachten habe. Was in sich stimmt, was Sprache hat und die Qualität von Kunst, ist auch behaftbar. Wir sollten jedoch bedenken, dass der Autor genau das nicht garantieren kann, wenn er seine Arbeit als «Recherche durch Sprache» (Max Frisch) versteht und also nicht wissen kann, was dabei herauskommt. Jedes Werk, das er neu beginnt, kann scheitern. Er ist mit seinem Vorhaben

allein, er quält sich vielleicht damit, und auch von daher ist nur zu verständlich, dass er sich gegen jede Festlegung und Verpflichtung sträubt. Seine Arbeit ist zweckfrei und ohne erkennbaren Nutzen, er bewegt sich völlig ausserhalb der alltäglichen Geschäftigkeit und irritiert nur schon durch seine blosse Existenz. Max Frisch hat in seinem Gespräch mit Bundesrat Furgler von der Poesie gesprochen, die grundsätzlich «subversiv» sei, und eigentlich konnte nicht zweifelhaft sein, wie das zu verstehen sei.

Aber zwischen dem, was er als Künstler schreibt, und seinen Beiträgen zur politischen Auseinandersetzung besteht immerhin der Unterschied, dass diese nicht vorwiegend nach ihren literarischen Qualitäten, nach ihrer «Recherche durch Sprache» befragt werden müssen, sondern nach Kriterien, denen sich auch der Politiker zu stellen hat, der nicht Schriftsteller ist. Informiertheit und Sachkenntnis gewinnen in diesem Bereich an Bedeutung; die «sogenannten» Sachzwänge lassen sich nicht leichthin aus der Welt schaffen. Hier soll behaftbar bleiben, was sachlich stimmt und gründlich erwogen ist.

Vielleicht muss als letztes eine Beobachtung erwähnt werden, die uns noch einmal in die Nähe des Vergleichs mit der parlamentarischen Immunität bringt. Auch insofern nämlich sassen sich am Bildschirm zwei ungleiche Gesprächspartner gegenüber, als der eine in seinen Pflichten und Kompetenzen genau limitiert ist. Würde er dagegen verstossen, so käme die Quittung auf dem Fusse. Der andere aber ist der weltberühmte Autor, «bewundert viel und viel gescholten» vielleicht, aber herausgehoben durch seine Leistung als Autor, die ihm Ruhm eingetragen hat und offensichtlich auch die Bewunderung seines bundesrätlichen Gesprächspartners. Der Nichtkünstler tritt dem Künstler anders entgegen, er respektiert in ihm etwas, das für ihn hinzukommt und das über die Beschränkungen des Daseins, in denen er befangen ist, hinausweist. Auch wenn sich der Schriftsteller aufs Forum begibt, wo um Tagespolitik und anderes gestritten wird, hat er etwas von der Einsamkeit und Weite der Räume an sich, in denen er sich vorwiegend aufhält. Auf die Gefahr hin, damit zu provozieren, möchte ich feststellen, dass darin auch ein Privileg des Schriftstellers liegt. Er ist zwar auf Gedeih und Verderb mit den Geschicken seiner Mitbürger verbunden. Aber es gibt offenbar etwas, das ihn unantastbar macht in seinem Künstlertum, selbst da, wo ihn Verfolgung und Verbannung treffen. Ich denke in diesem Zusammenhang an den dumpfen Groll des Braumeisters in Vaclav Havels Kurzdrama «*Audienz*». Ihr Schriftsteller, sagt der Braumeister, seid immer oben, auch wenn ihr unten seid. Bei aller bitteren Ironie, bei allem makaberen Groll, der in dieser Umdeutung der tatsächlichen äusseren Verhältnisse enthalten ist, wird hier auf etwas angespielt, was den Schriftsteller als Künstler heraushebt.

In diesem Bereich aber ist er nicht behaftbar –, oder dann nur insofern, als zu fragen wäre, ob er sich selber treu bleibe. Dem handfesten politischen Geschäft kann er sich jederzeit entziehen. Das müsste ihn vielleicht veranlassen, sein Verhältnis denen gegenüber neu zu bedenken, die ihr Werk im Alltag und in den zahlreichen Widerständen und Widersprüchen der Gegenwart vollenden müssen.

Anton Krättli